

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 M., bei Selbstabholung 4.25 M.  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M., für 1 Monat 5.— M.  
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.)  
Postfachkonto Nr. 53 477.

Redaktion:  
Leipzig, Rauchers Straße 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 10 008.

Inseratenpreise:  
Die 7 gespaltene Kolonelle 1.55 M. — Die 7 gespaltene Kolonelle mit Plagvoorschritt 1.85 M. — Die 7 gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 M. Die Reklame-Kolonelle 8.25 M.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Rauchers Straße 19/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Die schwankende Regierung. Reichswehrgreuel im Ruhrrevier.

### Rückzug der Reichswehr bei Werden. Drohender Einmarsch in Düsseldorf.

Berlin, 9. April. (Eigener Drahtbericht der L. V.) Der Sonderberichterstatter der Freiheit meldet aus dem Ruhrrevier: In den Nachmittagsstunden des 8. April sind die Truppen bei Werden auf das Nordufer der Ruhr zurückgezogen worden. Die Oberbefehlshaber von Elberfeld und Barmen haben erneut das Reichswehrministerium ersucht, den Einmarsch nach Elberfeld-Barmen unter keinen Umständen vorzunehmen, da die Zivilbevölkerung in voller Ruhe und Ordnung weitergeleitet worden seien. Die Zahl der in das besetzte Gebiet übergetretenen Personen soll nach den Angaben der englischen Behörden insgesamt 10000 überschritten haben.

In einer Konferenz der Vollzugsausschüsse in Barmen wurde erneut festgestellt, daß die Vollzugsausschüsse durchgängig auf dem Boden der Diefelder Beschlüsse stehen und daß nicht an einen militärischen Kampf gedacht werde. Die Konferenz sollte eine Entschcheidung in der es heißt:

Die heute in Barmen versammelten Delegierten der Vollzugsausschüsse Rheinland-Westfalens nehmen mit klarem Bewußtsein von dem verfassungswidrigen und rechtswidrigen Einbringen der Reichswehrruppen und von den Greueln im Ruhrrevier. Sie protestieren vor aller Welt gegen die schändlichen Handlungen der Soldateska und ihrer Offizierskamarilla; aber die deutsche Regierung akte Macht verloren hat.

Die Reichsregierung der S. V. D. hat beschlossen, die Mitarbeit im Reichsrat abzuschneiden, da die Arbeit des Reichsrates nach Durchführung der Diefelder Abmachungen erledigt ist.

Einem Telegramm des Vorwärts zufolge sind die Reichswehrruppen in den Landkreis Düsseldorf eingedrungen und haben hier Mitglieder der S. V. D. wie der U. S. V. verhaftet. Am Donnerstagnachmittag sei dann die Nachricht von einem drohenden Einmarsch der Truppen bekannt geworden. Dabei herrschte in Düsseldorf seit dem Abzug der Reichswehr am 10. März völlige Ruhe. Eine Arbeiterwehr verschleuderte den Ordnungsdienst. Aber den sich der Oberbefehlshaber in anerkannter Weise ausgesprochen habe. In der Reichswehr habe sich der Diefelder Bevölkerung angehörendes des drohenden Einmarsches eine große Erregung bemächtigt. Ein neuer Generalstreik drohe zu entstehen. Die das am 10. März abgedruckte Militärgeheimnis habe, beweise der Umstand daß alle Parteien, einschließlich der Demokratischen, die Abberufung der Düsseldorf Reichswehr verlangen hätten.

Der Vorwärts teilt dann noch mit, daß an die Reichsregierung und an den Reichskommissar Zwering ein Telegramm geschickt worden sei, in dem dringend vor dem Einmarsch der Reichswehr gewarnt wird.

### Der Wortbruch.

#### Bestimmungen eines Rechtssozialisten.

Nach seiner Rückkehr aus dem Ruhrgebiet machte der rechtssozialistische Abgeordnete Herrroth den Berliner Arbeiterorganisationen Mitteilungen über seine Eindrücke in den Kampfrevieren. Die Ansicht gibt er dabei folgendermaßen wieder. Danach stellt Herrroth zunächst fest, daß die Stadt Gamm noch vor dem 2. April unter Druck der Vereinbarungen von der Reichsregierung besetzt worden sei. Er berichtet ferner über schwere Ausschreitungen der Reichswehr, besonders des Korps CII. Er selbst habe mehrfach festgestellt, daß Verwundeten der Schängel eingeschlagen worden sei. Junge Burden im Alter von 16 bis 17 Jahren seien erschossen worden und ebenso auch eine Frau, obwohl nicht der letzte Verdacht gegen sie vorliegen habe. Zwering sei von den Reichswehroffizieren systematisch irreführt und über den Zeitpunkt des Einmarsches getäuscht worden.

### Die Stellung der Berliner revolutionären Betriebsräte.

Berlin, 9. April. (Eigener Drahtbericht der L. V.) In einer Versammlung der Berliner revolutionären Betriebsräte, die gestern stattfand, wurde über die Frage des Generalstreikes debattiert. Der Vertreter der Kommunisten forderte sofortige Auf-

nahme des Kampfes, allerdings in der Voraussetzung, daß die Unabhängigen mitmachen würden. Die Kommunisten seien zu schwach. Er forderte den linken Flügel der U. S. V. auf, eventuell selbstständig zu handeln. Die kommunistische Fraktion übernehme die volle Verantwortung für alle Folgen auf, wenn jetzt nicht das Nötige getan werde. Sollte ein Generalstreik jetzt gleichwohl abgelehnt werden, so beantrage er wenigstens sofortige Aufnahme einer kräftigen Propaganda für einen neuen Generalstreik unter genauer Formulierung seiner Ziele. Die Versammlung begnügte sich damit, entsprechend dem Referat Däumig eine Entschcheidung anzunehmen, in der es heißt:

Die Generalversammlung der Betriebsräte von Groß-Berlin hält zur Stunde die Durchführung eines wichtigen, alles umfassenden Generalstreikes nicht für möglich. Sie ist der Überzeugung, daß die Entwicklung der politischen und militärischen Verhältnisse die Arbeiterkämpfe sehr bald zu großen entscheidenden Punkten (?) bringen wird. Darum richtet sie an die Arbeiterkämpfe Groß-Berlins und darüber hinaus an die gesamte Arbeiterkämpfe der Republik die dringende Mahnung, Handlungsbereitschaft zu zeigen, um den Entscheidungskampf gegen Militarismus und Kapital anzunehmen.

### U. S. V. gibt über die Versammlung den folgenden Bericht:

Berlin, 9. April. (Z. M.) In der gestrigen Vollversammlung der Berliner Betriebsräte erklärte Däumig in längerer Rede, daß die Lage für den Generalstreik nicht reif sei, es könne sich höchstens um das Zustandekommen eines Teilstreikes handeln, der aber unter allen Umständen vermieden werden müsse. Demgegenüber beantragte die kommunistische Partei und die kommunistische Arbeiterpartei die sofortige Proklamierung des Generalstreiks. Außerdem verlangte die kommunistische Partei in einem Antrag die Verlegung der Reichsregierung und des Reichspräsidenten Obert in den Anklagezustand wegen Hochverrats, da sie mit der französischen Regierung wegen des Einmarsches in das Ruhrgebiet unterhandelt hätten. Die Stimmung in der Versammlung war stellenweise außerordentlich erregt.

### Reaktionäre Gegenarbeit aus dem Ruhrrevier.

Berlin, 8. April. In Berlin sind Vertreter der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften im Ruhrgebiet sowie sämtlicher im Ruhrgebiet kämpfenden Reichswehreinheiten eingetroffen, um über die weiteren Maßnahmen im Ruhrgebiet mit dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister zu verhandeln und die Regierung auf die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände aufmerksam zu machen. Die Gruppenvertreter sollen hauptsächlich aus Mannschaften und Unterführern bestehen. Nach der Germania wird die Wieder-einführung des Standrechts gefordert werden. Es fand eine Aussprache zwischen dem Reichskanzler und den Vertretern des Ruhrgebietes statt, an der auch der Reichswehrminister und der Minister-Gesandter teilnahmen. Nach einer halbamtlichen Mitteilung besahe sich die Besprechung mit der leicht geneigten Lage und den weiterhin an treffenden Maßnahmen. Man kam überein, daß morgen die Vertreter des Ruhrgebietes auch mit den Vertretern der Gewerkschaften und der beiden sozialdemokratischen Parteien eine Aussprache haben sollen.

Die christlichen Gewerkschaften wollen sich also anscheinend zu Werkzeugen des Militarismus hergeben — sie treten für die Forderung der Reichswehrruppen ein, das Standrecht wieder einzuführen. Damit die Herren der Gegenrevolution ihr Greuel noch ungenierter als bisher verüben können! Den Leuten muß der Standpunkt gründlich klargemacht werden.

Wenn die schwankende Regierung auf diese Weise sich ein Gegen-gewicht gegen die Arbeiterorganisationen zu schaffen versuchen will, so spielt sie ein sehr gefährliches Spiel.

### Die „Säuberung“ des Industriegebiets.

Berlin, 9. April. (Z. M.) Die Säuberung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets von den auführerischen Vätern vollzieht sich, wie der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 8. April mitteilt, in Düsseldorf mit großer Eile, programm-mäßig ohne ersichtliche Schwierigkeiten, ebenso nach Mitteilung des Vertreters der Reichsregierung die Waffenabgabe. Düsseldorf wird einweilen von Reichswehrruppen nicht besetzt werden, da hier Ruhe und Ordnung gewahrt werden. Die Ermittlungen des Standgerichts in Duisburg haben ergeben, daß sich tatsächlich zahlreiche Ausländer bei den roten Truppen befanden. Im ganzen sind durch die im Ruhrgebiet gebildeten Standgerichte zehn Rotgardisten zum Tode verurteilt worden, es wurden jedoch nur zwei Urteile vollstreckt, da ein Telegramm von der Regierung eintraf, die Urteile nicht auszuführen. Ueber die große Zahl der ohne Standgerichtsurlaub ermordeten Arbeiter schweigt sich der Bericht vorsichtigerweise aus.

### Der Königsmacher Bauer.

#### Enthüllungen aus dem politischen Oberst.

Genau vierundzwanzig Stunden vor dem Rapp-Putsch veröffentlichte die bürgerlich-demokratische Wochenschrift der Herren Jäck und Hofrad, Deutsche Politik, die Uebersetzung eines Interviews aus dem New York American, das der im Kriege bekanntgewordene amerikanische Berichterstatter Karl S. von Wiegand mit dem Obersten Bauer, einem der Mächer der sogenannten Hindenburg-Kandidatur und dem Hauptbeteiligten des Rapp-Lüttwischen Staatsstreiks, schon im Dezember vorigen Jahres gehabt hat. Aus dem Interview geht klar hervor, daß das ganze Bestreben sowohl der „verfassungsmäßigen“, aus mangelnder Zivilcourage nicht-staatstreueckelnden „rente hinter der Kandidatur Hindenburg, als auch das der unmittelbaren Putschisten a la Bauer unmittelbar auf die Wiederaufrichtung der Hohenzollernmonarchie gerichtet war. Das muß festgestellt werden, da gerade das sowohl von den Hindenburg-Kandidaten wie auch von den Rapp-Brigadieren stets mit großer Eile abgelehnt worden ist.

Allerdings, das geht aus dem Interview mit dem Obersten Bauer ebenfalls hervor, wollten diese zweiierlei Sorten von deutschen Monarchisten nicht die Rückkehr Wilhelms des Ausreißers. Er hat sich doch als eine zu „problematische Natur“ selbst sichtbar nach Anlaß der deutschen Camelots du roi erwiesen. Er ist, wörtlich nach Bauer, „in höflicher, aber bestimmter Form verhängigt, daß man ihn nicht wiederhaben will und daß er tatsächlich nicht in Betracht kommt.“ Schon Still und Ausdrucksweise dieses klassischen Gesandnisses läßt eine wirklich ungetriebene Heiterkeit hochkommen. Man will also den Kronprinzen „haben“. Er ist, immer nach Bauer, „der erbliche Erbe und da er die Eigenschaften eines modernen Regenten besitzt, so ist es unmöglich, ihn zu übersehen. Die Ueberzeugung wächst ständig, daß die über ihn umlaufenden Gerüchte fabriziert sind, um ihm zu schaden“. Er ist, der Hohenzollernfiskus, ein „offener, geradliniger, ehrenhafter Mann mit einem klaren Willen und einem warmen Herzen für sein Vaterland und Volk“. Er ist also zum Imperator germanicus redolent voll und ganz geeignet!

Politisch außerordentlich beachtenswert über diese mehr späßigen Dinge hinaus ist aber, daß schon Bauer in diesem Interview den vorgeschlagenen Nationalpräsidenten Hindenburg Klipp und Klar und deutlich als „Mittel zum Zweck“ (wörtlich) bezeichnet. Die deutschen Royalisten wollen also, wie sich Bauer dann weiter ausdrückt, die neue Monarchie nicht von vornherein auf eine harte Probe stellen und ihr noch nicht die vielleicht unübersteiglichen Schwierigkeiten aufspaden, die Deutschland in nächster Zeit bevorstehen“. Vielmehr wünschen sie ein Interim unter einem nationalistischen Präzidenten, der zuerst die Trümmer vom Schiffbruch der alten Regierung beseitigen und so der Monarchie den Weg erst ebnen soll. Nach der Meinung des Obersten wird sich dann die Monarchie von selbst auf die „gemäßigten industriell arbeitenden Klassen, der Bauernschaft und des Beamtentums“ (also auf dieselben antisemitischen Parteien der ungarischen Konterrevolution!) stützen können.

Soweit Herr Oberst Max Bauer, der für sein Great-Deutschland nicht nur ein 32-Zentimeter-Geschütz erkunden haben soll und im Kriege und nach diesem Ludendorffs Intimismus war, sondern der auch nun Deutschlands neue dynastische Staatsform mündlich. Man muß dafür dankbar sein, daß nun endlich einmal von einem der Hauptakteure der Reaktion selbst der elenden letzten Ullge das Maul gestopft ist, als ob die Kandidatur Hindenburg und selbst der Rapp-Putsch nur ganz harmlose, wenig aufregende Dinge gewesen seien, die alles andre als eine Rückkehr zum historisch geübten monarchischen Regime, zur Sabelherrschaft der Hohenzollern replant hätten.

Die freche Verlogenheit der Rapp-Putschisten, die in ihren Erklärungen immer wieder kampfhaft beteuerten, daß ihr Staatsstreich nicht auf die Wiedererrichtung der Monarchie abzielt, wird durch die Erklärungen des Obersten Bauer, der ja mit Ludendorff die Seele des Unternehmens war, ins brüßliche Licht gerückt. Aber auch ein kleiner Zug, den das nächstfolgende Heft der „Deutschen Politik“ vermeldet, mag zur Klärung der elenstirnen Verlogenheit seiner Retenerungen dienen. daß die Republik durch die Kapitulanten nicht angetastet werden sollte. Bekanntlich hat in den ersten Tagen der Rapp-Verpflichtung auch der aus dem Vordemprozeß und andern alorreichden Daten des Moskauerjades wider die Arbeiterklasse wohlbekannte Staats-